

Hans Rehm

Zivildienst - mit 6 Monaten noch attraktiv?

Die beabsichtigte Verkürzung der Dauer des Grundwehrdienstes und des Zivildienstes von neun auf sechs Monate ist in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für die Gestaltung dieser Pflichtdienste.

Für den Zivildienst wird eine Ausdünnung der Tätigkeitsbereiche befürchtet, in denen der Zivildienst geleistet werden kann. Die kurze Dienstzeit erschwere einen Einsatz von Zivildienstleistenden in bestimmten Tätigkeitsbereichen - z.B. im pflegerischen Bereich. Denn den Pflegebedürftigen könne ein derart häufiger Wechsel von Bezugspersonen, wie er sich auf Grund der Dienstzeitverkürzung ergebe, nicht zugemutet werden. Damit drohen anspruchsvolle Tätigkeiten für den Zivildienst auszuschneiden. Der Zivi wird zum Handlanger im Hol- und

zum anderen durch begleitende Seminare angestoßen. Die Verkürzung des Zivildienstes stellt beide Komponenten in Frage. Zivildienstleistende

Die Bundeswehr besteht heute (April 2010) zu 75% aus Berufs- und Zeitsoldaten. Grundwehrdienstleistende stellen einen Anteil von 14%, freiwillig länger dienende Wehrdienstleistende 11%, und das bei einer Truppenstärke von etwa 250.000. Die wohl auf 170.000 bis 180.000 reduziert werden wird.

berichten, dass es gerade bei anspruchsvollen Tätigkeiten einer Einarbeitungszeit und Orientierungsphase bedarf und sich etwa nach einem halben Jahr Sicherheit und Souveränität einstellen, die dann die weitere Dienstzeit prägen. Diese Art der Persönlichkeitsentwicklung wird sich bei einer verkürzten Zivildienstzeit vielfach nicht mehr einstellen. Ferner werden die mit dem dritten Zivildienständerungsgesetz von der letzten Regierung eingeführten zusätzlichen verpflichtenden Seminare zur Begleitung des Zivildienstleistenden wegen der verkürzten Dienstzeit als zu zeitraubend angesehen, so dass auch von dieser

„Aus ökonomischer Sicht wäre eine Abschaffung von Zivil- und Wehrdienst das einzig Sinnvolle“, Klaus Zimmermann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), in der Sz vom 12.7.

Seite der Lerndienstcharakter in Frage gestellt wird. Diese Seminare sollen nur noch freiwillig sein oder ganz entfallen.

Zudem stellt sich die Frage, wie ein Pflichtdienst, der sechs Monate dauert, sich in den Lebenslauf Wehrpflichtiger junger Männer einpasst. Es wird befürchtet, dass die Verkürzung der Dienstzeit eine sogenannte „biographische Lücke“ zwischen dem Ende des Pflichtdienstes und dem Beginn des nächsten Ausbildungsabschnitts vergrößert.

Die Verfasser des Gesetzentwurfes sehen diese Probleme und bieten mit der Möglichkeit der „freiwilligen Verlängerung“ des Zivildienstes einen

Sozialverbände gehen heute zumindest von der Aussetzung des Wehrdienstes spätestens Ende 2012 aus. Anders sind die notwendigen Einsparungen im Wehretat nicht zu stemmen. Eine Entscheidung wird noch für diesen Herbst erwartet.

Von den Wehrpflichtigen - allen denen, die nicht den Wehrdienst verweigern und Zivildienst leisten - werden nur noch ca. 50% eingezogen. Die anderen 50% werden als untauglich ausgemustert. Da bleibt sich zu fragen: Wie krank ist unsere Gesellschaft, oder wo bleibt die Wehrgerechtigkeit?

Bringedienst. Minderwertige Einsatzbereiche werden auf Kosten der höherwertigen zunehmen.

Darüber hinaus droht der Zivildienst. Elemente zu verlieren, die ihn als sozialen Lerndienst charakterisieren. Der Zivildienst hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker zu einem sozialen Lerndienst entwickelt. Lernprozesse werden zum einen durch den Dienst selbst erzeugt und

Lösungsvorschlag. Der freiwillige zusätzliche Zivildienst ist nicht unproblematisch. Er stellt jedoch eine pragmatische Lösung dar, die geeignet ist, den o.g. Problemen zumindest für einen Teil der Zivildienstleistenden abzuwehren. Der Gefahr, dass nur der zur Verlängerung bereite Zivi von der Dienststelle angenommen wird, versucht der Gesetzgeber mit einer „Sperrfrist“ von zwei Monaten zu begegnen. Erst nach dieser Dienstzeit kann der Zivi die freiwillige Verlängerung unterschreiben. Außerdem kann er die Verlängerung jederzeit abbrechen.

Hans Rehm ist erzbischöfl. Beauftragter für KDV und ZDL in der Fachstelle Zivildienstseelsorge und Freiwilligendienste im Erzbischöflichen Ordinariat München und Freising

SIPRI: Militärausgaben steigen trotz Finanzkrise

1.531 Milliarden Dollar wurden im Jahr 2009 für militärische Belange ausgegeben. – Das besagen Untersuchungen des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI. In dieser Summe enthalten sind nur offizielle Daten „offizieller“ staatlicher Akteure. Und das ist eine Erhöhung um 5,9% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist der Afghanistan-Krieg. Die USA haben im Verlauf des Jahres 2009 ihre Truppenstärke in Afghanistan mehr als verdoppelt und die Ausgaben für Afghanistan (65 Milliarden US-Dollar) haben erstmals die Ausgaben für den Kriegsschauplatz Irak (61 Milliarden US-Dollar) übertroffen. Die gestiegenen Militärausgaben der USA wiederum sind für 54% der Ausgaben-zunahmen verantwortlich.

(aus DAKS Newsletter)